

Uwe Petras

Geboren am 23. Dezember 1961 in Berlin | ertrunken
verm. am 25. Oktober 1989, aufgefundenes am 29. Oktober
1989 | Ort des Geschehens: Oderufer bei Rybojedzko



Quelle: BSTU

Eine Streife der DDR-Grenztruppen nahm am 17. Oktober 1989 in Frankfurt an der Oder einen jungen Mann fest, der beabsichtigte nach Warschau in die Deutsche Botschaft zu gelangen. Es handelte sich dabei um den 27-jährigen Schlosser Uwe Petras aus Heinrichswalde. Zwölf Tage später entdeckten polnische Milizionäre am Ufer der Oder den Leichnam von Uwe Petras.

Uwe Petras kam am 23. Dezember 1961 in Berlin zur Welt. Seine Mutter Helga arbeitete ganztags als Reinemachefrau in der Ost-Berliner Zentrale des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB). Uwe Petras hatte zwei Schwestern und zwei jüngere Brüder. Wegen Herumtreiberei und schlechten schulischen Leistungen erwirkte die „Jugendhilfe“ gegen den Willen der Mutter seine Einweisung in ein Kinderheim nach Apolda. Ein dortiger Erzieher schrieb in einer Beurteilung über Uwe Petras: „Die Mutter ist sehr um den Jungen besorgt. Sie erkundigt sich regelmäßig nach seinem Verhalten und nimmt auch jede Gelegenheit wahr, den Jungen in der Einrichtung zu besuchen. Sie erhält von ihrer Arbeitsstelle, dem FDGB-Bundesvorstand, dabei sehr gute Unterstützung.“ Es bestehe aber der Eindruck, „daß die Mutter in der Erziehung weich und inkonsequent ist.“

Nach dem Kinderheim „Clara Zetkin“ in Apolda musste Uwe Petras in den Jugendwerkhof „Rudolf Breitscheid“ in Eckartsberga, wo er als Lehrling im Feuerlöschgerätekombiwerk Apolda arbeitete. Mit zwei Freunden flüchtete er wiederholt aus dem Jugendwerkhof mit der Absicht, über die Grenze nach Westdeutschland zu gelangen. Ein Heimfürsorger bescheinigte Petras einen „Drang nach westlicher Lebensweise“. Es sei kaum gelungen, ihn im Heim „in seinen politisch-ideologischen Grundhaltungen zu beeinflussen“.



Abb. 1: Uwe Petras als Jugendlicher
Quelle: BStU

NAME

Petras, Uwe

GESCHLECHT

männlich

GEBURTSDATUM

23. Dezember 1961

GEBURTSORT

Berlin

LETZTER WOHNORT

Heinrichswalde

STAAT DES VORFALLS

Polen

REGION DES VORFALLS

Powiat S?ubicki

ORT DES VORFALLS

Oder bei Rybojedzko, 4000 m
nordöstlich von Eisenhüttenstadt,
Grenzzeichen 453

TODESURSACHE

Ertrinken

DATUM DES VORFALLS

Ende Oktober 1989

ERGÄNZENDES DATUM

29. Oktober 1989

ANMERKUNG

Auffinden der Leiche

TODESALTER

27

TEILPROJEKT

verbündete Ostblockstaaten

FALLGRUPPE

bei Fluchtversuchen

PERSONENGRUPPE

Zivilisten / DDR

Uwe Petras und seine beiden Freunde wurde im April 1978 in den geschlossenen Werkhof Torgau eingeliefert. Im September 1978 gelang ihm gemeinsam mit einem der beiden die Flucht auf polnisches Gebiet. Dort griff sie die Miliz auf und lieferte sie an die DDR aus. Nachdem die als „gesellschaftliche Kräfte“ beteiligten Erzieher Uwe Petras und seine beiden 15- und 16-jährigen Freunde gegenüber der Staatsanwaltschaft für strafmündig erklärt hatten, wurden sie vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und drei Jahren verurteilt. Im Urteilstext hieß es: „Zum Motiv der Straftat Grenze liegt bei allen Beschuldigten zu Grunde, daß sie der Meinung waren in der BRD freier und ohne Bevormundung leben zu können.“

Nach der Haftentlassung kehrte Uwe Petras nach Ost-Berlin zurück. Wegen mehrerer gemeinschaftlich begangener Einbruchdiebstähle geriet er dort erneut mit dem Gesetz in Konflikt. Die Kriminalpolizei warb ihn bei einer Vernehmung als Informant an, um im Berliner Milieu zur Beobachtung „vorbestrafter und asozialer Personen“ beizutragen sowie über „Punker“, „Kirchenanhänger“ und andere „negative Personen“ zu berichten. Im Juli 1984 erhielt Petras eine Haftstrafe von dreieinhalb Jahren, die er in Rummelsburg und Bautzen verbüßte. Im Dezember 1987 endete die Strafhaft, Petras wurde eine Arbeitsstelle in der Jungrinderaufzuchtanlage Heinrichswalde zugewiesen. Dort lebte er mit einer jungen Frau zusammen, die drei Kinder im Vorschulalter hatte. Teile seines Lohnes wurden zur Begleichung von Schulden gepfändet. Die Volkspolizei registrierte ihn erneut als IKMR (Inoffizieller Kriminalpolizeilicher Mitarbeiter aus dem Kreis der Rechtsbrecher) mit Decknamen „Pinne“. Er traf sich ca. 30 Mal mit seinen Auftraggebern und erhielt laut deren Buchführung insgesamt 200,- Mark in Form von Geldprämien und 625,- Mark an Auftragskosten. Die Volkspolizei war jedoch mit seinen Auskünften unzufrieden, da er falsche Angaben machte. Die Zusammenarbeit sollte deswegen im 4. Quartal 1989 beendet werden. Als Uwe Petras am 11. Oktober 1989 nicht zu einem vereinbarten Treffen erschien, suchte VP-Hauptmann Lenz dessen Wohnung auf, ohne ihn dort anzutreffen.

Das Kommando der DDR-Grenztruppen meldete am 29. Oktober 1989 den Fund einer Wasserleiche durch polnische Grenzsoldaten. Aus dem Personalausweis des Toten ging hervor, dass es sich um den 27 Jahre alten Uwe Petras aus Heinrichswalde im Kreis Ueckermünde handelte. Die Volkspolizei und der Kreisstaatsanwalt in Eisenhüttenstadt seien über den Todesfall unterrichtet worden. Einen Tag später diagnostizierte der sachverständige Arzt Hubertus Gabriel in der städtischen Leichenhalle von Krosno Odrza?skie den Tod durch Ertrinken. Der Leichnam von Uwe Petras wurde ohne Zustimmung des DDR-Generalkonsulats in Wroclaw (Breslau) an Ort und Stelle beigesetzt. Es lag auch keine Zustimmung von Verwandten zur Beisetzung auf polnischem Gebiet vor.

Gegen dieses Vorgehen der polnischen Behörden protestierten Angehörige von Uwe Petras und des am 30. Oktober 1989 ebenfalls als Wasserleiche aus der Oder geborgenen Dietmar Pommer beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, das daraufhin bei dem polnischen Außenministerium die Exhumierung der beiden Leichen und ihre Überführung in die DDR erwirkte. Der zuständige Mitarbeiter der Hauptabteilung Konsularische Beziehungen des DDR-Außenministeriums Kunert hielt Anfang April 1990 in einer Aktennotiz zur Kostenübernahme in den Sterbefällen Petras und Pommer fest: „Um dem berechtigten Wunsch der Angehörigen auf Überführung zu entsprechen, musste eine Exhumierung der beiden Verstorbenen veranlasst werden. Die Überführung nach der Exhumierung wurde im Auftrage der Hinterbliebenen durch das Städtische Bestattungswesen Berlin vorgenommen.“ Die Kosten dafür würden wie üblich von den Angehörigen getragen. Die von polnischer Seite übermittelten Kosten für die dortige Beisetzung und Exhumierung in Höhe von 421.380,- Zloty pro Sterbefall könnten jedoch nicht den Angehörigen in Rechnung gestellt werden. Das sei nicht zumutbar, da von ihnen keine entsprechenden Aufträge erteilt wurden. Deswegen seien diese Kosten durch das DDR-Generalkonsulat in Wroclaw zu begleichen. Diese Entscheidung bedeute eine Abkehr von der bisherigen Praxis des DDR-Außenministeriums, das in früheren Fällen vor 1989 bei einer von Angehörigen gewünschten Exhumierung von vor Ort in sozialistischen Staaten bestatteten DDR-Bürgern den Familien die Kosten dafür aufbürdete. Die zuständigen Mitarbeiter des DDR-Außenministeriums handelten hier offenbar in der Erwartung des neuen demokratischen Amtschefs. Markus Meckel (SPD) war dafür in den Koalitionsverhandlungen nach der ersten freien Wahl in der DDR am 18. März 1990 bereits im Gespräch.

Autor
jos.

Recherche:
AH, App., jos., MS, TP, CB, SM

Quellen:

- Mdl: Eilfahndungen Stufe II nach vermissten Personen 1976. BArch, DO 1 / 93002.
- DDR-Generalstaatsanwaltschaft: Obduktionsergebnisse zum Sterbefall Uwe Petras. BArch, DP 3 / 1464.
- MfS HA I; Bereich 2000: Tagesmeldungen Oktober 1989. BStU, MfS HA I Nr. 5398 Teile 1 und 2.
- KGT: Operative Meldung vom 29.10.1989. BStU, MfS, HA I Nr. 14517 Teil 1 bis 3.
- VP-Kreisamt Naumburg: Bearbeitungsrichtung: H., Mario; Petras Uwe; M. Thomas. BStU, MfS, BV Halle, AOG 875/85.
- VP-Berlin und Neubrandenburg: Antrag zur Bearbeitung des Petras, Uwe. BStU, MfS, Nbg AKAG 153/89.
- Amtliche Sterbeurkunde. Familienstand geschieden. Angezeigt durch PdVP Berlin. Urkunde Nr. 282, LAB, S-Rep 500 Nr. 328.
- PAAA, MfAA-Kartei, Sterbefälle von DDR-Bürgern im Ausland
- MfAA-Kartei, Sterbefälle von DDR-Bürgern im Ausland. PAAA.
- Sontheimer, Michael: Tödliche Ungeduld. In: DER SPIEGEL 49/2009, S. 43-45.
- Zeitzeugengespräch J. Staat mit Jaqueline Tiedmann am 7.7.2020.